Sommer & Herbst 2014 Ausgabe No.3

OUTLINE

... News, Facts & Events aus MV

Grenzen, Mauern, Stacheldraht... Frontex abwickeln! Festung Europa aufbrechen! . **Seite 2**
„Frieden und Freiheit“? Die Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union . **Seite 5**
Was ist Kapitalismus? Ein Erklärungsansatz für Einsteiger_innen . . . . **Seite 7**
Die europäische Wirtschafts- & Finanzkrise und die Bankenrettung . . . **Seite 9**
„Still loving bleiberecht“ geht in die nächste Runde: „Still h8ing racism!“ . . . **Seite 11**

Vorwort zur dritten Ausgabe

Mit der dritten Ausgabe der Outline setzen wir unsere Heftreihe für die zweite Hälfte des Jahres 2014 fort. Die Kommunal- und Europawahlen sind vorbei und rechte und neofaschistische Parteien haben in ganz Europa zulegen können, wenn auch nicht so stark, wie von Vielen befürchtet. Der zutiefst rassistische Umgang der Europäischen Union und besonders der Bundesrepublik mit Flüchtlingen bekommen deshalb auch in dieser Ausgabe breiten Raum. Die in diesem Zusammenhang stehende Sicherheits- und Außenpolitik der EU wird ebenfalls thematisiert.

Antirassistische Arbeit stellt nach wie vor einen unserer Arbeitsschwerpunkte dar. Nach dem bisherigen Erfolg der Kampagne „Still loving bleiberecht“ haben diese nun erweitert. Unter dem Motto „Still h8ting racism!“ haben wir einiges neues Material zusammengestellt. Auch zur Diskussion rund um die „Grenzschutzagentur“ FRONTEX haben wir einen Aufkleber layoutet. Genaue Infos zum neuen Stuff und Bestellmöglichkeiten findet ihr auf der letzten Seite dieses Heftes.

Neben der europäischen Flüchtlingspolitik haben wir uns in zwei Artikeln der kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzkrise gewidmet. In einem Gastbeitrag erläutert Susan Schönhuber vom Bündnis Blockupy Meck-Vorpomm in der gebotenen Kürze die kapitalistische Gesellschaftsordnung. In einem weiteren Beitrag beschäftigen wir uns mit den Bankenrettungen durch die Troika.

Übrigens: Wir haben eine neue e-Mailadresse. Künftig erreicht ihr uns unter infonordost[ätt]systemausfall.org. Wir hoffen euch haben die bisherigen Hefte gefallen und wünschen euch viel Vergnügen mit dieser Ausgabe.

Eure Outline Redaktion

Titelbild: *Demonstrant während der Proteste gegen einen NPD-Aufmarsch in Berlin am Brandenburger Tor im Winter 2012 (Fotoquelle: asylstrikeberlin.wordpress.com).*

Eigentumsvorbehalt: **Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.**

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *Marko Neumann*

Redaktion: *Marko Neumann und Janin Krude*

Kontakt: *infonordost[ätt]systemausfall.org*

Internet: *http://outline.blogsport.de/*

Facebook: *facebook.com/outline.zeitung*

Hinweis: *Namentlich gekennzeichnete Beiträge sowie Artikel anderer Gruppen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktion.*

Grenzen, Mauern, Stacheldraht... Frontex abwickeln! Festung Europa aufbrechen!

Von Christoph Lütge und Franziska Wilke

Seit der Jahrtausendwende sind mindestens 23.000 Geflüchtete an Europas Grenzen gestorben. 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer werden in Europa erneut die Mauern wieder hochgezogen: Zwischen Griechenland und der Türkei hat die EU einen riesigen Zaun voller Nato-Draht gebaut, gleiches gilt für die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla und die bulgarisch-türkische Grenze. Die Firma, die diese Zäune baut, verkauft sie sonst an AKWs oder militärische Sperrgebiete. Die EU macht sich zum Sperrgebiet für Migrant_innen, in denen sie offensichtlich eine große Bedrohung sieht.
Einzige Ausnahme ist zur Zeit die Aufnahme Syrer_innen. Sie ist aber begrenzt auf 13.000 für die gesamte EU und an so viele Bedingungengebunden, dass sich ihre Einreise teilweise um fast ein Jahr verzögert hat, obwohl die Versorgungslage katastrophal ist und schon Menschen in den Flüchtlingslagern im Libanon gestorben sind. Außer diesen wenigen und mit vielen Hürden legal Eingereisten, sind Menschen auf der Flucht gezwungen, "illegale" Einreisewege zu benutzen. Die sind teuer und oft sehr gefährlich. Und sie kriminalisieren Flucht, indem Geflüchtete zu – im Frontexsprech – "illegalen Einwanderern" gemacht werden.

FRONTEX : Agentur zur Abschottung Europas

Die EU-"Grenzschutzagentur" Frontex ist für die Bekämpfung illegalisierter Einwanderung zuständig. Seit ihrer Gründung 2005 wurden ihr Budget, Personal und Kompetenzen deutlich ausgeweitet. Für Frontex und das Überwachungssystem EUROSUR gibt die EU jährlich rund 250 Millionen Euro aus. Frontex koordiniert Einsätze an den Außengrenzen, verhandelt Kooperationsverträge mit anderen Ländern, trainiert deren Grenzbeamte und organisiert Abschiebeflüge. Bei Frontex laufen Informationen aus allen verfügbaren Quellen der Grenzüberwachung zusammen: Von Satellitenüberwachung, Drohnen, Flugzeugen, Küstenradar, von Grenzpolizeien, paramilitärischen Einheiten und auch Geheimdiensten aus ganz Europa und sogar aus Libyen. Daraus erstellt Frontex seine so genannten "Risikoanalysen", die die Fluchtbewegungen außerhalb der EU verfolgen und daraus Prognosen erstellen, an welchen Stellen der Außengrenzen ein besonders großes "Risiko" der Einwanderung besteht. Auf dieser Basis werden dann die jeweiligen Länder informiert, damit sie die Grenze dicht machen können.
Die Aufgaben von Frontex wurden ausgeweitet, die kaum existierende parlamentarische Kontrolle hingegen nicht. So darf die Agentur seit 2011 eigenständig Kooperationsabkommen mit Drittländern verhandeln, zum Beispiel mit dem Ziel, libysche Grenzbeamte zu trainieren. Die sollen dann noch effektiver Fliehende am Verlassen des libyschen Territoriums hindern. Dass in Libyen Geflüchtete ohne Anklage und ohne zeitliche Begrenzung inhaftiert werden und in der Haft systematischer Misshandlung und Folter ausgesetzt sind, interessiert Frontex dabei nicht. Hauptsache, die Agentur kann auf eine Armada an Erfüllungsgehilfen zurückgreifen, die sofort einsetzbar sind, wenn Geflüchtete geortet werden. Nationalstaatliche Grenzbeamte gehen dabei bekanntermaßen rabiat vor, unterlassen verpflichtende Hilfeleistung, nehmen illegale Rückschiebungen vor oder greifen Geflüchtete direkt an. So zog die griechische Küstenwache im Januar 2014 ein Flüchtlingsboot von der griechischen Insel Farmakonisi zurück Richtung Türkei und beschädigte es dabei so stark,

dass es sank. 12 Frauen und Kinder ertranken. In der gleichen Region betreibt Frontex den Seeüberwachungseinsatz "Poseidon". Im Februar schossen Grenzer der spanischen Guardia Civil auf Migrant_innen, die versuchten, schwimmend Ceuta zu erreichen. 15 von ihnen starben dabei, die übrigen wurden direkt wieder nach Marokko zurückgeschoben.
In den letzten 25 Jahren sind auf dieser Weise mindestens 20.000 Menschen auf diesem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Diese so genannten Push-Backs sind rechtswidrig, sie wurden aber sowohl von nationalen Grenzbehörden als auch von Frontex unternommen. Auch in Zukunft soll Frontex Geflüchtete direkt zurückweisen können. Wenn sie zum Beispiel in internationalen Gewässern aufgegriffen werden, darf Frontex sie nach dem Willen der europäischen Regierungen direkt dorthin zurückbringen, wo sie abgelegt haben. Eine Art legalisiertes Kidnapping also. Einzige Voraussetzung ist, dass dort nach Meinung von Frontex ihre Menschenrechte gewahrt bleiben. Die Bewertung darüber müsste aus den nationalstaatlichen Behörden kommen und die interpretieren die Situation oft so, wie es ihnen gerade passt. Ein Beispiel dafür ist die Einstufung von Bosnien Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten. Obwohl es zahlreiche Dokumentationen von systematischen Menschenrechtsverletzungen insbesondere von Roma in allen drei Ländern gibt, soll so die generelle Ablehnung von Asylanträgen und Abschiebungen noch leichter werden.

Abschiebungen innerhalb der EU

Auch innerhalb der EU finden massenhaft Abschiebungen statt: Da sich die Länder gegenseitig als sichere Drittstaaten anerkannt haben, ist laut dem Dublin-System nur noch der Staat für ein Asylverfahren zuständig, in dem die asylsuchende Person zuerst das EU-Gebiet betreten hat. Das bedeutet, dass Geflüchtete zum Beispiel aus der Bundesrepublik nach Italien abgeschoben werden, obwohl ihnen dort mit großer Wahrscheinlichkeit die Obdachlosigkeit droht. Oder dass sie nach Ungarn abgeschoben werden trotz der dortigen Gesetze, die erlauben, dass Geflüchtete bis zu sechs Monate inhaftiert werden können ohne die Möglichkeit, dagegen zu klagen.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete!

Eine Wende in der europäischen Asyl- und Grenzpolitik ist daher dringend nötig. Die Bewegungsfreiheit darf nicht länger nur für Europäer_innen, sondern muss für alle gelten. Das Asylrecht darf nicht länger willkürlich eingeschränkt werden. Stattdessen muss die EU Menschen in Not ohne Wenn und Aber menschenwürdig aufnehmen. Die tödliche Grenzabschottung muss durch legale Einreisewege beendet werden. Das Dublin-System gehört abgeschafft ebenso wie Frontex und die nationalen Grenzschutzeinheiten. Solange europäische Konzerne durch Agrar- und Rüstungsexporte, Fischerei oder Landgrabbing Fluchtursachen erzeugen, trägt Europa eine Mitverantwortung für massenhafte Vertreibung. Weltweit sind 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Hunger, an dem jedes Jahr 8,8 Millionen Menschen sterben. Sie fliehen vor Konflikten, die auch von der deutschen Rüstungsindustrie mit Waffenexporten im Wert von zuletzt 9 Milliarden Euro befeuert werden. Sie fliehen vor dem Klimawandel, der vor allem von den Industrieländern verursacht wurde. Trotzdem flüchtet nur jede fünfte Person in die reichen Länder. Selbst wenn es 30 oder 50 Prozent werden – mit einer gerechten Umverteilung des Wohlstandes wäre das locker machbar ohne einen Verlust an sozialen Standards. Noch besser wäre ein europäisches Verbot ausbeuterischer, armuts- oder kriegsfördernder Politik und Unternehmenspraxis. Dann hätte die EU den Friedensnobelpreis tatsächlich verdient.

----------*Keine Anzeige*----------

„Frieden und Freiheit“? Die Sicherheits- und Außenpolitik der Europäische Union

Von Franziska Wilke

Von den meisten europäischen Regierungen und Politiker_innen wird die Europäische Union (EU) als Projekt des Friedens und der Völkerverständigung angepriesen. Tatsächlich ist EU längst auch ein außenpolitischer Akteur, der seine wirtschaftlichen Interessen international durchzusetzen versucht. Gelingt dies nicht auf dem Weg der Diplomatie, werden auch Militäreinsätze Mittel zum Zweck. Der ehemalige Leiter der europäischen Verteidigungsagentur (EVA) Nick Witney nimmt da kein Blatt vor den Mund: „Der Wert der bewaffneten europäischen Streitkräfte besteht nicht so sehr darin, speziellen 'Gefahren' zu begegnen, sondern weil sie ein notwendiges Instrument von Macht und Einfluss in einer sich schnell verändernden Welt darstellen, in der Armeen immer noch wichtig sind.“

Ziel: Weltmacht Europa?

In Zeiten der Globalisierung stehen europäische Großkonzerne in einem weltweiten Konkurrenzkampf mit anderen sogenannten Global Playern um Marktanteile und die größten Profite. Im Rahmen der Lissabon-Strategie verfolgt die EU daher das Ziel, Schwellen- und Entwicklungsländer durch Entwicklungs- und Handelspolitik so umzubauen, dass sie für die eigene Wirtschaft „verwertbar“ sind. Dies bedeutet für die betroffenen Länder: Abbau von Schutzzöllen, Öffnung der Märkte und Privatisierungen von öffentlichen Eigentum mit oftmals verheerenden sozialen und ökologischen Folgen. Letztlich wollen sich die wirtschaftlich stärksten Mitgliedsstaaten – allen voran Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien – ein großes Stück vom Kuchen der internationalen Märkte sichern, um weiterhin im großen Stil Waren exportieren zu können. Hierfür sind die Kontrolle von Handelswegen, Pipelines und der uneingeschränkte Zugriff auf wichtige Rohstoffe essentiell.

Diese (neo)imperialistische Wirtschaftspolitik wird begleitet mit einem forcierten Aufbau eines EU-Militärapparates, der durch nationale und supranationale Rüstungsunternehmen vorangetrieben wird. Denn gelingt die Eingliederung von Staaten in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung nicht mittels Freihandelsabkommen, kommt die gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik (GASP) und die Sicherheitsund Verteidigungspolitik (GSVP) ins Spiel. So kann die EU ihre Wirtschaftsagenda und geostrategischen Interessen im Zweifelsfall auch unter Androhung oder Anwendung von Gewalt durchsetzen. So gibt es beispielsweise seit 2005 sogenannte EU-Battle-Groups, die sich als schnelle Eingreiftruppe weltweit in Konflikte militärisch einmischen können. Bei solchen Einsätzen geht es keineswegs nur um Stabilisierung, Menschenrechte oder humanitäre Hilfe, wie viele Politiker_innen uns glauben lassen wollen. Im Gegenteil: Kriegerische Interventionen sind selbst Teil von Menschenrechtsverletzungen. So wird beispielsweise suggeriert, dass der französische Militäreinsatz in Mali vorgeblich dem Kampf gegen islamistische Gruppen dienen soll. Dass es dort auch um die Sicherung von riesigen Rohstoffvorkommen geht, wird bewusst verschwiegen. Das heißt: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten intervenieren oft nur in den Krisenherden, in denen lukrative Bodenschätze oder Absatzmärkte gesichert werden müssen oder geostrategische Interessen anderweitig in Gefahr sind. Auch deshalb verzahnt die EU ihre Außenpolitik immer mehr mit dem transatlantischen Militärbündnis NATO. Die europäische Außenund Wirtschaftspolitik steht also im Einklang mit dem Ausbau der militärischen Strukturen in Europa und der NATO.

Trotz der Krise: die Kriegsindustrie boomt

Trotz tiefster Wirtschaftskrise ist das Geschäft mit dem Krieg so lukrativ wie nie. Während die EU-Staaten an Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben sparen, verdienen die Rüstungskonzerne weiterhin viele Milliarden an Aufrüstung und Kriegseinsätzen. Fast 200 Milliarden Euro geben die EU-Staaten jährlich für Militär und Aufrüstung aus. Gleichzeitig sind die EU-Staaten zusammengenommen aber auch Rüstungsexportweltmeister - ein Titel, über den sich vor allem die europäischen Rüstungskonzerne freuen können.

Damit das Geld auch weiterhin sprudelt, hat die europäische Rüstungsindustrie zur Durchsetzung ihrer Interessen die sogenannte Aerospace and Defence Industries Association of Europe (ASD) gegründet, der über 30 Wirtschaftsverbände und mehr als 800 Unternehmen angehören. Zur Koordinierung und zum Ausbau der Rüstungsbeschaffung und Rüstungsforschung (wie zum Beispiel für Kampfdrohnen) hat die EU ihrerseits eine eigene EU-Rüstungsagentur (European Defence Agency) gegründet. Entsprechend dazu wurde eine Aufrüstungsverpflichtung in den Vertrag von Lissabon aufgenommen. Eine Hand wäscht die andere... Das Geschäft mit dem Krieg sichert aber nicht nur den Rüstungskonzernen Milliarden und der EU geostrategische Macht. Europäische Waffen sind in ihren Bestimmungsländern verantwortlich für kriegerische Auseinandersetzungen, Armut, Elend, Menschenrechtsverletzungen und Zerstörung der Umwelt. Als weltweit drittgrößter Exporteur von Militärgütern trägt

Deutschland hierfür große Verantwortung. Jedes Jahr genehmigt die Bundesregierung Waffenexporte in Höhe von durchschnittlich 6,9 Mrd. Euro in über 130 Länder: Ob deutsche Sturmgewehre in Mexiko, deutsche Fregatten in Algerien, deutsche Panzer in Saudi Arabien. Militärgüter aus Deutschland oder der EU kommen in zahlreichen Ländern – auch in Kriegs- und Krisengebieten - zum Einsatz, selbst dann, wenn der Empfänger für Menschenrechtsverletzungen bekannt ist. Bestes Beispiel ist Saudi Arabien: Das saudi-arabische Regime erhielt umfangreiche Waffenlieferungen, im Gegenzug tätigte Saudi-Arabien Investitionen in Höhe von mehreren Hundert Millionen in Europa.

Kriege: nicht Lösung, sondern Teil des Problems

Als radikale Linke müssen wir jede Form Militarisierung und kriegerische Interventionen als Mittel der europäischen Außen- und Handelspolitik verurteilen. Frieden und internationale Solidarität ist nur möglich, wenn die Ursachen von Krieg und Gewalt – soziale Ungleichheit, die Sicherung von Ressourcen und Absatzmärkten sowie geostrategische Machtinteressen - überwunden werden. Wir wissen: Ein antimilitaristisches, friedliches Europa ist nur durch weltweite Abrüstung und Dialog möglich und kann nur durch eine neue, gerechtere und solidarische Weltwirtschaftsordnung erreicht werden. Krieg darf niemals Mittel der Politik sein! Wir verfolgen die Vision eines Europas ohne Militär und einer Welt ohne Krieg und Unterdrückung.

Bild Seite 3: *Protestaktion gegen die europäische „Grenzagentur“ Frontex am Flughafen Frankfurt am Main am 17. April 2014. Im Hintergrund ein verdutzter Polizeibeamter. (Fotoquelle: Indymedia linksunten nach CC2.0 Lizenz)*

Was ist Kapitalismus? Ein Erklärungsansatz für Einsteiger_innen

Von Susan Schönhuber

Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in dem der größte Teil des Wirtschaftens und Arbeitens auf Profit ausgerichtet ist. Es wird nicht direkt für menschliche Bedürfnisse produziert, sondern nur für einen zahlungsfähigen Bedarf (Ein Brot wird nicht gebacken, weil es Hunger gibt, sondern um es zu verkaufen.) Da im Kapitalismus die Produktionsmittel (wie Fabriken, Grundstücke oder der Zugang zu Rohstoffen) in Privatbesitz sind, darf ein Großteil der Bevölkerung nicht mitentscheiden was und wie produziert wird. Da diese Menschen im Normalfall nichts weiter besitzen, sind sie gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. Sie sind lohnabhängig – und als solche dem Arbeitsmarkt komplett ausgeliefert.

Alle Menschen stehen im Kapitalismus in Konkurrenz zueinander – um Jobs, Geld, Schulnoten etc. Beschönigend wird dies Wettbewerb genannt, obwohl es um nicht weniger als das eigene Leben geht. Unternehmen stehen in einer ständigen und unmittelbaren Konkurrenz zueinander. Aus diesem Grund müssen sie, um nicht pleite zu gehen, mehr Profit als die Konkurrenten erwirtschaften. Tun sie dies nicht, kann der Konkurrent sie mit hilfe des zusätzlichen Gewinns bald vom Markt drängen. Deshalb werden – immer wenn möglich – Löhne gekürzt, Pausen gestrichen, Leute entlassen oder Produktionsstätten verlagert. Auch vor Umweltzerstörung wird nicht zurückgeschreckt, wenn es Kosten spart. Da nur für jene produziert wird, die sich die Dinge auch leisten können, nützen moralische Apelle an die Wirtschaft rein gar nichts (z.B. Medikamente billiger oder kostenlos für Entwicklungsländer zur verfügung zu stellen). Die Konkurrenz würde jedes moralisch handelnde Unternehmen vom Platz fegen.

Die Gesetze der Konkurrenz und der Profitmaximierung müssen befolgt werden, damit das Unternehmen nicht pleite geht. Deswegen basiert die Zerstörung von Mensch und natur nicht auf besonders unmenschlichen Entscheidungen, sondern sie enspringt den ureigensten Gesetzen des Kapitalismus. Diese ständige Jagd nach Profiten entwickelt enorme, zerstörerische Kräfte – und unterwirft die Menschen einer Ellenbogengesellschaft, in der Leistung und Konsum den Alltag bestimmen. Als Folge davon dominieren oft Egoismus und soziale Kälte unsere Gesellschaft. Die Menschen sind nur interessant als Konsumierende oder als “Humankapital”, wie es zynischerweise in der Wirtschaft heißt.

Eine kapitalistische Wirtschaft kann in Diktaturen und auch in Demokratien bestehen, in letzteren jedoch wesentlich stabiler. Kapitalismus und Demokratie sind aber keine untrennbaren Zwillinge. Und Antikapitalismus ist deshalb nicht zwangsläufig antidemokratisch. Im demokratischen Staat sind die Menschen formal frei, gleichgestellt und von ihnen soll die Macht ausgehen. Das sind sie jedoch nur auf den ersten Blick. Denn indirekt sind sie gezwungen jeden noch so schlechten Job anzunehmen, nur um nicht unter

die Armutsgrenze abzusinken. Ebenso besteht formale Gleichheit, aber große materielle Ungleichheit. Die reicheren sind in vielen Belangen im Vorteil, z.B. in der Bildung (Nachhilfe, Elite-Unis etc.) oder bei einem Gerichtsprozess. Auch um die Politik zu verfolgen, geschweige denn zu beeinflussen, haben die meisten Leute aufgrund ihrer alltäglichen Arbeit weder Zeit noch Kraft.

Wie könnte eine andere Gesellschaft aussehen?

In vielen Belangen richtet sich der Kapitalismus gegen die Interessen der Menschheit. Er ist unsozial, unökologisch und ineffizient. Er basiert auf Zwangsgesetzen, die der Markt den Menschen diktiert. Auch die Forderung nach höheren Löhnen beispielsweise würde nichts an den kapitalistischen Grundprinzipien, der Konkurrenz und Profitmaximierung, ändern. Ebenso ist mehr Demokratie in der Politik und anderen Lebensbereichen zwar sinnvoll, aber noch nicht ausreichend. Was vor allem notwendig ist, ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Was mit den Produktionsmitteln geschehen soll, haben nicht nur eine handvoll Leute zu entscheiden, sondern ist das Recht der ganzen Bevölkerung.

Das Ziel kann also nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein (nicht nur die Verstaatlichung), damit alle Menschen bestimmen können, was und wie produziert werden soll. Nicht nur das können sie dann selbstständig und basisdemokratisch festlegen, sondern auch die notwendige Arbeitszeit sinnvoll auf alle verteilen, da das Konkurrenzprinzip wegfiele. Somit würde der technische Fortschritt nicht mehr – wie im Kapitalismus – zu Entlassungen, sondern zu Entlastungen führen und die Arbeitszeit könnte für alle gesenkt werden.

Die Bedeutung der Arbeit wäre dann auf das reduziert, was sie ist. Nämlich das notwendige Übel, Dinge herzustellen und zu tun, die uns die Natur nicht bietet, wir aber für ein gutes Leben brauchen. Statt Panzer zu bauen oder Call-Center-Anrufen könnten wir unsere Zeit dann sinnvoll nutzen, unabhängig von materieller Not. Die Überwindung des Kapitalismus hin zu einer kooperativen Wirtschaft, die versucht Bedürfnisse zu befriedigen und durch alle Menschen geplant und reguliert wird, wäre ein Befreiungsschlag, der es Gesellschaften endlich erlauben würde frei zu denken und zu handeln. Niemand müsste hungern, an heilbaren Krankheiten sterben oder den ganzen Tag arbeiten. Technisch ist schon vieles möglich – wir müssen dafür kämpfen, dass es auch Wirklichkeit wird!

Bild vorherige Seite: *Kreative Streetart gegen das kapitalistische System.*
Bild Seite 10: *Am 17. Mai demonstrierten über 10.000 menschen in bundesweit vier Städten gegen das Krisenregime der Troika und der Bundesregierung. (Fotoquelle: www.blockupy.org)*
Bild Seite 11: *Auswahl des neuen Material der Kampagne „Still loving bleiberecht“.*

Die Autorin ist aktiv im kapitalismuskritischen Netzwerk Blockupy und Sprecherin des Bündnisses Blockupy Meck-Vorpomm.
Informationen zu Blockupy in Mecklenburg-Vorpommern gibt es unter *blockupynordost.blogsport.de*.

Die europäische Wirtschafts- & Finanzkrise und die Bankenrettung

Von Franziska Wilke

Seit Ende 2007 füllt ein kleines Wort wie kein anderes die Schlagzeilen unserer Zeitungen: Krise. Und damit zusammen Wörter wie Bankenrettung, Hedgefonds und natürlich Schulden. Schätzungen zu Folge wurden seit Beginn der Krise über eine Billionen Euro Verlust gemacht. Die sogenannte Rettungspakete der EU-Staaten plus das der USA umfassen insgesamt 2,6 Billionen Euro – also eine schwindelerregende Zahl mit zwölf Nullen. Die Summe entspricht in etwa dem, was laut UNO nötig wäre, um den Hunger in Afrika 52 Jahre lang zu bekämpfen.

Wirtschafts- und Finanzkrisen gibt es immer wieder im Kapitalismus, und sie laufen immer ähnlich ab: Ein begehrtes Objekt, zum Beispiel Aktien, steigt im Preis. Daraufhin wird noch viel mehr gekauft, da alle spekulieren, dass die Preise weiterhin steigen und sie dann einen fetten Gewinn machen, wenn sie später verkaufen. Irgendwann ist der Höhepunkt erreicht: die Ersten wollen nun wieder verkaufen und ihren Gewinn einstreichen – die Preise fallen wieder rapide ab. Es bricht Panik aus, alle wollen ihre „Wertpapiere“ mit den „faulen Kredite“ nun loswerden – der Markt bricht zusammen. Die Finanzblase platzt. Ein Markt also, wo Dinge gehandelt wurden, die in ihrem Wert total überschätzt waren. Wer nicht früh genug verkaufen konnte, macht nun riesige Verluste, weil die Preise ins Bodenlose fallen. Die Anleger kriegen Angst, das Vertrauen in andere Märkte sinkt ebenfalls. Immer mehr Spekulant_innen ziehen ihr Geld ab und verlagern es auf sichere Konten. Wenn zu viele Anleger_innen ihr Geld gleichzeitig wieder haben wollen, werden Banken zahlungsunfähig. Eine Bank nach der anderen geht Pleite, die Verbliebenen misstrauen sich untereinander, denn niemand weiß, wer noch alles „faule Kredite“ im Safe hat. Eine Kettenreaktion beginnt – weltweit brechen die Finanzmärkte ein. Besonders davon betroffen sind in Europa Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal. Und dann kommt der die EU ins Spiel. Um die betroffenen Länder und das globale Finanzsystem wirtschaftlich zu stabilisieren, kommt die EU mit riesigen milliardenschweren Rettungspaketen zu Hilfe. So wird es zumindest behauptet. Was gerne verschwiegen wird: Die bisherigen Griechenland-Hilfen beispielsweise flossen nahezu vollständig an den Finanzsektor, nämlich zu 94 Prozent an Banken und privaten Gläubigern, aus Deutschland, Frankreich oder der Schweiz – also den Verursachern der Krise. Für diese ”Rettung“ müssen die Menschen in Griechenland auch noch einen hohen Preis zahlen…

Das Geld kommt nicht nur den Falschen zu Gute, die Bankenrettung hat auch verheerende Folgen: Jeder dritte Mensch in Griechenland ist arbeitslos, unter jungen Leuten ist es sogar mehr als die Hälfte! Löhne sinken in freien Fall, öffentliche Unternehmen werden privatisiert, im öffentlichen Dienst und in sozialen Bereichen wird gekürzt, was das Zeug hält; denn an solche Maßnahmen sind die Rettungspakete geknüpft.
Unzählige Existenzen stehen vor dem Aus, sind obdachlos und können sich kaum noch das Nötigste zum Leben leisten. In Spanien sieht es kaum besser aus. Über 40 Prozent der jungen Arbeiter_innen haben keine Arbeit, in Portugal sind es rund 37 Prozent. Diese extremen der Folgen der Krise bedrohen den sozialen Frieden und verschärfen die Situation ernorm.

Hierzulande wird suggeriert, dass „wir Deutschen“ ja sehr gut durch die Krise gekommen seien. Tatsächlich erscheint eine Jugendarbeitslosigkeit von über 7,4 Prozent verglichen mit Portugal, Spanien und Griechenland sehr niedrig. Doch zu glauben, den Jugendlichen in Deutschland gehe es gut, ist ein Trugschluss. Im Jahr 2013 gab es 824.626 Bewerber_innen auf Ausbildungsplätze in Deutschland, davon offiziell 15.650 Unversorgte. Die Wahrheit sieht also anders aus. Von den 824.626 Bewerber_innen haben 273.355 keinen Ausbildungsplatz zugewiesen bekommen.

Der Kampf für eine gerechte und solidarische Gesellschaft und gegen den neoliberalen Sozial- und Demokratieabbau kann nur durch eine breite Bewegung der Jugend gewonnen werden. Soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der Demokratie gehen nur durch eine umfassende Umverteilung des Reichtums von oben nach unten.

*„Wir wollen eine Welt, in der Menschen friedlich, frei, gesund und gleichberechtigt leben können. Weil uns der Kapitalismus Menschenwürde, Gerechtigkeit, unzerstörte Natur, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung nicht geben kann, haben wir uns in einem sozialistischen Jugendverband zusammengeschlossen. Unser Ziel ist und bleibt, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“** *Karl Marx

„Still loving bleiberecht“ geht in die nächste Runde: „Still h8ing racism!“ - JETZT Material bestellen!

Von Marko Neumann

Das Label „Still loving bleiberecht“ wird immer bekannter. Ursprünglich als eine überschaubare Aktion zu den Bundestagswahlen vergangenes Jahr gestartet, entwickelte sich die Kampagne schnell weiter. Spätestens mit dem gleichnamigen AntiRa Soli-Sampler wurde das Motto auch über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns bekannt.

Jetzt geht die Kampagne in eine neue Runde. Mit dem Slogan „Still h8ing racism!“ wurde die Kampagne erweitert. Neben leicht veränderten Neuauflagen von Aufklebern und mehreren zehntausend Flugblätter gibt es nun auch Soli-Buttons und -Shirts. Restbestände des AntiRa-Samplers „Still loving bleiberecht!“ gibt es immernoch bei DirAction (diraction.org), im Drekxladen (shop.punkrock666.de) und nicht zuletzt im Roten Shop (roter-shop.de), in dem es mittlerweile sogar eine Fahne mit unserem Kampagnen-Logo gibt. Um endlich auch einmal die "Grenzschutzagentur" FRONTEX näher thematisieren zu können, haben wir unter dem Motto "Frontex abwickeln! Festung Europa aufbrechen!" einen gänzlich neuen Sticker layoutet.

Ihr habt in eurer Nähe ein Flüchtlingsheim und Nazis oder vermeintlich „normale Bürger_innen“ vettern gegen die Refugees? Ihr seht wie eure Home Zone immer mehr von Nazis und anderen Rassist_innen beansprucht wird? Dann **bestellt euch die Flyer und Sticker und verteilt sie in eurem Ort / eurer Stadt!** Bestellungen schickt direkt zu uns per Mail unter infonordost[ätt]systemausfall.org und das Material geht auf die Reise!